

Ausschuss-Beratungen am 15. Oktober 2025 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 15. Oktober 2025, ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr): Schüler und Schülerinnen mit [ME/CFS](#)

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur](#) diskutiert.

ME/CFS ist die Abkürzung für eine Krankheit.
CFS heißt: Chronisches Fatigue Syndrom.

Kinder und Jugendliche mit der Krankheit ME/CFS
sind oft sehr krank.
Sie können NICHT regelmäßig am Unterricht teilnehmen.

Es gibt oft große Probleme in der Schule.
Viele Schulen wissen nicht,
wie sie den Kindern helfen können.

Die GRÜNEN fordern:
Schulen und Familien können lernen,
wie sie mit ME/CFS umgehen können.

Zum Beispiel:
Es soll einen Leitfaden geben.
Im Leitfaden steht,
welche Unterstützungen möglich sind.

Lehrer:innen und sollen
Fortbildungen zu ME/CFS bekommen.

Außerdem:

Es gibt digitale Hilfsmittel.

Die Hilfsmittel sollen besser genutzt werden.

Es sollen gute Lösungen gefunden werden.

Ein digitales Hilfsmittel ist

zum Beispiel ein Tele-Avatar.

Ein Tele-Avatar ist ein Roboter.

Der Tele-Avatar unterstützt Kinder und Jugendliche.

Sie können mit dem Tele-Avatar mitlernen.

TOP 2 (9:30 Uhr):

Altersgrenze für Kassen-Ärzte

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch

im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Kassen-Ärzte sind Ärztinnen und Ärzte,

die mit der Krankenkasse zusammenarbeiten.

Das bedeutet:

- Wenn du eine Krankenversicherung hast, kannst du zu diesen Ärzten gehen.
- Die Krankenkasse bezahlt für die Behandlung.
- Du musst dafür meistens nichts extra bezahlen.

Es gibt ein Problem:

Es gibt immer weniger Kassen-Ärzte.

Besonders in kleinen Orten.

Kassen-Ärzte dürfen nur bis 70 Jahre arbeiten.

Dann endet ihr Vertrag.

Viele Ärztinnen und Ärzte möchten aber länger arbeiten.

Die FPÖ fordert:

Kassenärzte sollen länger arbeiten dürfen.

Ältere Ärzte sollen in Gruppenpraxen arbeiten können.

Sie sollen ihr Wissen an jüngere Kollegen weitergeben.

TOP 3 (10:30 Uhr): Klimacheck für Gesetze

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz](#) diskutiert.

In Österreich soll ab 2026 ein Klimacheck
für neue Gesetze und Projekte verpflichtend sein.

Klimacheck bedeutet:

Man prüft,
ob eine Regelung gut oder schlecht für die Umwelt ist.

Zum Beispiel:

Hilft das Gesetz,
dass weniger schädliche Gase produziert werden?
Macht es das Gesetz einfacher,
dass Energie gespart wird?

Die SPÖ fordert:

Salzburg soll einen Klimacheck für neue Gesetze,
Verordnungen und große Projekte einführen.
In anderen Bundesländern gibt es so etwas schon.

TOP 4 (11:00 Uhr): Meldungen bei der Kinder- und Jugendhilfe

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Kinder und Jugendliche brauchen
Schutz vor Gewalt.

Wenn Kinder und Jugendliche in Gefahr sind,
muss das die Kinder- und Jugendhilfe überprüfen.

Bestimmte Berufsgruppen müssen eine Meldung
an die Kinder- und Jugendhilfe machen.
Damit man die Kinder und Jugendlichen schützen kann.

Viele wissen aber nicht genau,
wie sie eine Meldung richtig machen sollen.

Sie sind unsicher bei den Regeln.

Manchmal wissen sie nicht,
wie groß die Gefahr ist.

Oder:

Sie sind unsicher bei den Regelungen zum Datenschutz.

Die KPÖ PLUS fordert:

Es soll Schulungen und Informationen geben.

Alle sollen wissen, wie sie richtig melden können.

Es soll eine Stelle geben,
wo man Fragen stellen kann.

Außerdem:

Die Kinder- und Jugendhilfe soll sagen:

- Was ist mit der Meldung passiert?
- Was ist zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gemacht worden?

TOP 5 (11:00 Uhr):

Mutterschutz für Tierärztinnen

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch

im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

In der Tiermedizin gibt es ein Problem.

Schwangere Tierärztinnen dürfen NICHT arbeiten.

Zum Beispiel:

wegen der Gefahr einer Infektion.

Das ist zum Schutz für die Gesundheit der Frauen.

Die Arbeitgeber müssen aber weiter Gehalt zahlen.

Sie müssen schnell Ersatz finden.

Das ist teuer und schwierig.

Besonders für eine kleine Tierarzt-Praxis.

Die ÖVP fordert:

Die Bundesregierung soll eine Lösung finden.

Der Mutterschutz soll eine Tierarzt-Praxis

NICHT so stark belasten.

TOP 6 (14:00 Uhr): Persönlicher Parteien-Verkehr

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert.

Parteien-Verkehr bedeutet.
Menschen gehen zu einer Behörde.
Sie können etwas persönlich erledigen.
Zum Beispiel:

- Fragen stellen,
- Formulare abgeben und
- Hilfe bekommen.

Immer mehr Erledigungen bei der Behörde
kann man online machen.
Manche Menschen haben Probleme damit.
Besonders ältere Menschen
oder Menschen ohne Internet haben Probleme.

Sie möchten die Erledigungen persönlich machen.
Persönliche Gespräche sind wichtig.
Man kann Fragen stellen
und Unterlagen zeigen.

Die ÖVP fordert:
Es soll weiterhin persönliche Stellen bei den Behörden geben.
Zum Beispiel beim Finanzamt
und bei anderen wichtigen Einrichtungen.
Erledigungen soll man persönlich machen können.
Anliegen sollen NICHT nur online erledigt werden können.

TOP 7 (14:30 Uhr): Pflegegeld für Demenz-Erkrankte

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Das Pflegegeld hilft Menschen,
die Pflege brauchen,
damit sie zu Hause bleiben können.

Demenz-Erkrankte sind Menschen,
die Probleme mit dem Denken, Erinnern und Verstehen haben.
Sie vergessen oft wichtige Sachen.
Sie vergessen manchmal, wo sie sind.
Oder:
Sie vergessen, was sie tun wollten.

Menschen mit Demenz
bekommen meistens wenig Pflegegeld.

Menschen mit Demenz sind oft körperlich fit.
Sie brauchen aber oft viel Betreuung.
Sie brauchen Unterstützung im Alltag.

Die FPÖ fordert:
Die Bundesregierung soll das Pflegegeld-System überprüfen.
Sie soll das Pflegegeld anpassen.
Menschen mit Demenz sollen die Unterstützung bekommen,
die sie wirklich brauchen.

TOP 8 (15:30 Uhr): Salzburg AG

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert.

Die Salzburg AG ist ein Energie-Versorger.
Zum Beispiel: Strom und Gas.

In den Regeln der Salzburg AG steht:
Dienstleistungen sollen kostengünstig sein.
Aber der Begriff „kostengünstig“ ist nicht genau erklärt.
Das führt zu Problemen.
Es ist nicht klar,
wie Kundinnen und Kunden günstige Preise bekommen.

Die SPÖ fordert:
Der Begriff „kostengünstig“ soll klar geregelt werden.

Die Preise sollen fair für die Kunden sein.
Es soll klare Anweisungen geben.
Günstige Tarife für die Kundinnen und Kunden
sollen wichtiger sein als hohe Gewinne.

TOP 9 (16:00 Uhr):

Ausstellung über die [NS-Zeit](#)

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur](#) diskutiert.

Im Salzburg Museum gibt es viele Ausstellungen.
Welche Ausstellungen gibt es zur NS-Zeit?
Es gibt Sonder-Ausstellungen.
Es gibt Workshops zur NS-Zeit.
Es gibt aber KEINE Dauer-Ausstellung zur NS-Zeit.

Vielleicht denken manche Besucher:
Den Nationalsozialismus hat es in Salzburg nicht gegeben.
Das ist falsch.

Die KPÖ PLUS fordert:
Das Salzburg Museum soll eine
Dauer-Ausstellung zur NS-Zeit machen.

TOP 10 (16:30 Uhr):

Werbung für [Zweitwohnsitze](#)

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr](#) diskutiert.

In Salzburg gibt es Regeln für Zweitwohnsitze.
Zum Beispiel:
Man braucht eine Genehmigung.
Dann darf man Ferienwohnungen
als Zweitwohnsitz nutzen.

Einige Firmen werben damit,
dass Ferienwohnungen ohne Erlaubnis
als Zweitwohnsitz genutzt werden können.

Das ist eigentlich verboten.
Trotzdem wird es oft gemacht.

Die GRÜNEN fordern:

Es soll eine neue Regel geben.

Werbung für illegale Zweitwohnsitze
soll bestraft werden.

Die Landesregierung soll ein neues Gesetz machen,
das solche Werbung verbietet und bestraft.

Wörterbuch:

ME/CFS:

ME/CFS ist die Abkürzung für eine Krankheit.
CFS heißt: Chronisches Fatigue Syndrom.

Personen mit ME/CFS
fühlen sich immer sehr müde und erschöpft.
Auch wenn sie genug geschlafen haben.
Diese Müdigkeit geht nicht weg,
auch wenn man sich ausruht.

Die Krankheit ME/CFS können Menschen
nach einer Infektions-Krankheit bekommen.
Zum Beispiel nach einer Covid-Infektion.

Kassen-Ärzte:

Kassen-Ärzte sind Ärztinnen und Ärzte,
die mit der Krankenkasse zusammenarbeiten.
Das bedeutet:

- Wenn du eine Krankenversicherung hast,
kannst du zu diesen Ärzten gehen.
- Die Krankenkasse bezahlt den Arzt für die Behandlung.
- Du musst dafür meistens nichts extra bezahlen.

NS-Zeit:

NS ist eine Abkürzung für [Nationalsozialismus](#).
Die Herrschaft des Nationalsozialismus
dauerte in Österreich von 1938 – 1945.
Diese Jahre nennt man NS-Zeit.

Parteien-Verkehr:

Parteien-Verkehr bedeutet.
Menschen gehen zu einer Behörde.

Sie können etwas persönlich erledigen.
Zum Beispiel:

- Fragen stellen,
- Formulare abgeben und
- Hilfe bekommen.

Tele-Avatar:

Ein Tele-Avatar ist ein Roboter.
Der Tele-Avatar unterstützt Kinder und Jugendliche.
Sie können mit dem Tele-Avatar mitlernen

Zweitwohnsitz:

Ein Zweitwohnsitz ist eine Wohnung oder
ein Haus zum Wohnen in der Freizeit.
Zum Beispiel eine Ferienwohnung.
Zum Beispiel eine Wohnung für das Wochenende oder für den Urlaub.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:
zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst. Teile des Textes wurden mit KI-Unterstützung erstellt.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. [Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.